



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

11. Ratssitzung vom 19. August 2026

474. 2026/66

Postulat von Dominik Waser (Grüne) und Luca Maggi (Grüne), vertreten durch Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 04.02.2026:
Unterstützung des neuen sozialen Netzwerks «W» oder ähnlicher europäischer Projekte

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Busekros (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5829/2026): *Wir erleben in diesen Zeiten, wie sich reiche Leute aus allen Ländern – aber vor allem aus den USA – mit ihren fast unendlichen Geldressourcen Macht kaufen. Sie kaufen ganze Diskussionsplattformen wie Twitter, wo eine rege Kultur existierte. Medien bildeten sich dort ihre Meinungen oder holten sich Informationen. Politikerinnen wie wir haben dort unsere Meinung geteilt. Dann hat es jemand gekauft und der Diskurs entglitt völlig. Das wurde bewusst gemacht. Wir können nur froh sein, dass es völlig enthemmt geschah und man sich am Schluss Enthauptungsvideos anschauen musste, wenn man einfach nur scrollen wollte. Keine Person, die Informationen mit Niveau sucht, tummelt sich dort noch. Wenn auf diesen Plattformen ein Diskurs entsteht, der sich auf die normale Welt überträgt, wirkt sich das zutiefst negativ auf unsere Gesellschaft aus. Deshalb schlagen wir vor, dass wir Initiativen wie die Plattform «W» unterstützen, die Alternativen zu X oder Truth Social sein wollen und auf denen ein geregelter Diskurs stattfindet, wie man ihn auch hier hat. Wir schlagen vor, dass die Stadt Zürich eine solche Plattform unterstützt und somit dazu beiträgt, dass wir im digitalen Raum wieder einen humanen und produktiven Diskurs haben können. Das ist in der heutigen Zeit elementar. Wo es endet, wenn wir das nicht schaffen, sehen wir in den USA, wo sich die Leute keine Meinung mehr bilden können, weil nur noch Schrott in ihre Timeline gespült wird.*

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2026 gestellten Ablehnungsantrag: *Wir haben gehört, dass es schlimm sei, wenn jemand Geld habe und sich in ein soziales Netzwerk einkaufe. Darum müsse man «W Social» unterstützen. Wissen Sie, wer der Kapitalgeber von «W Social» ist? Es handelt sich um Alexander Janonik, einen schwedischen Multimillionär, dessen Familie ein Gesamtvermögen von mehreren Milliarden hat. Was bei Twitter und anderen sozialen Plattformen kritisiert wurde, findet bei dieser Plattform, die uns als Heilsbringerin*



verkauft werden soll, auch statt. Weshalb sollen wir mit Steuergeldern aus der Stadt Zürich ein Netzwerk eines schwedischen Multimillionärs finanzieren? Man will hier mit unseren Steuergeldern das wirtschaftliche Risiko seiner Investitionen lindern. Das macht keinen Sinn. Auch das angepriesene soziale Netzwerk hat viele negative Dinge. Man muss sich mit dem Ausweis oder Pass einloggen. Wenn man zu einer verfolgten Minderheit gehört und sich mit biometrischen Daten einloggen muss, ist das wohl nicht gut für den Schutz der Sicherheit. Das Netzwerk nutzt ausserdem die Infrastruktur von US-amerikanischen Firmen. Das Hosting ist in Europa, aber die technische Infrastruktur kommt trotzdem aus den USA. Wie üblich macht alles, was Sie erzählen, keinen Sinn. Wir möchten nicht, dass ein schwedischer Milliardär mit Zürcher Steuergeldern finanziert wird.

Florian Blättler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die amerikanischen oder chinesischen Monopole Sozialer Medien sind durchaus problematisch, gerade im Hinblick auf die Demokratietheorie. Aber Investitionen in ein proprietäres System sind keine Lösung – egal, wie gut die Absichten sind. Die einzige Möglichkeit, um die Monopole in den Sozialen Medien zu brechen, wäre ein Zwang zur Interoperabilität. Davon sind wir momentan noch sehr weit weg. Der Erfolg eines proprietären Systems ist unsicher. Aber sollte es Erfolg haben, kann das Netzwerk schneller verkauft werden, als wir blinzeln können. Vielleicht ist es dann wieder bei einem amerikanischen oder chinesischen Besitzer oder wird in ein bestehendes Netzwerk integriert. Das Problem lösen wir so nicht. Wir verschlimmern es nur. Der einzige Weg, wie wir einen Schritt in Richtung Interoperabilität und Unabhängigkeit machen können, ist über Open-Source-Software. Deshalb beantragt die SP folgende Textänderung: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dezentrale und quelloffene Social-Media-Projekte mit einem finanziellen Beitrag unterstützen und so zur Etablierung von Alternativen zu amerikanischen oder chinesischen Social-Media-Giganten beitragen kann.» Der letzte Satz bleibt gleich. Das Beispiel Mastodon, das im an die Fraktionen verteilten Antrag aufgeführt war, ist nicht mehr dabei.

Weitere Wortmeldungen:

Nicolas Cavalli (GLP): Das Netzwerk «W» wurde mit viel Brimborium angekündigt. Auf den ersten Blick klingt es grundsätzlich gut, dass versucht wird, eine europäische Alternative zu den gängigen Plattformen aufzubauen, die vor allem vom amerikanischen und chinesischen Markt dominiert werden. Ich bin mit den Grünen in einem Punkt einig: Die Herausforderung durch Social Media besteht. Wenn man sich umschaute, gibt es bereits Versuche von Alternativen. Eine davon wurde genannt, sie kam aber nie so richtig zum Fliegen. Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb sie aus dem Textänderungsantrag gestrichen wurde. Als ich den Vorstoss las, dachte ich: Die Grünen haben sich etwas überlegt. Sie wollen eine Alternative zu den gewinnorientierten Tech-Firmen bieten. Aber ich war wohl etwas blauäugig. Ich ging davon aus, dass es sich um ein gemeinnütziges Unternehmen handelt. Auf der Webseite von «W Social» lautet die Antwort auf die Frage: «Is W a for profit company?» – «Yes, W is a privately held for profit company incorporated in Stockholm. There is currently no advertisement on the platform» Ich war wirklich



sehr erstaunt, dass die Grünen mit dieser Forderung eine profitorientierte Plattform unterstützen wollen, während sie bei jeder Forderung zur lokalen Wirtschaftsförderung beantragen, dass es nicht gewinnorientiert sein darf. Wie dieser Widerspruch mit eurer Haltung vereinbar ist, ist mir schleierhaft. Die GLP lehnt auch die Textänderung der SP ab. Wir sehen nicht, wie die Stadt Zürich mit einem finanziellen Beitrag irgendetwas Positives leisten können soll. Wenn wir etwas fördern, braucht es einen starken Bezug zur Stadt Zürich. Vor nicht allzu langer Zeit sprachen wir über die neuen Subventionsverordnungen. Dort heisst es, ein gewisses öffentliches Interesse müsse vorhanden sein. Es ist nicht so, dass die Stadt Zürich nicht auch Private unterstützt. Aber dort hat man eine Mittelbarkeit, die uns als Stadt und Stadtbevölkerung betrifft. Für uns ist es schwierig, wenn man einen direkten Betrag an ein ausländisches gewinnorientiertes Unternehmen überweist. Der Effekt davon wäre extrem klein. Das Problem bei diesem Vorstoss ist auch, dass man mit europäischen und öffentlich kontrollierten Schlagwörtern argumentiert. Dabei kommt es zu einer Vermischung. Es handelt sich nicht um ein demokratisches Unternehmen, weil es in Schweden ist. Es ist ein privates Unternehmen, auf das man wenig demokratischen Einfluss hat. Die GLP sagt Ja zur digitalen Souveränität, aber zu einer Subvention mit so einem grossen Fragezeichen ganz sicher Nein.

Karin Weyermann (Die Mitte): Ich kann mich Nicolas Cavalli (GLP) anschliessen. Auch der Die Mitte ist die digitale Souveränität sehr wichtig. Dennoch machen wir es gleich wie die GLP und lehnen sowohl das Postulat als auch die Textänderung ab. Wir sehen nicht, wie wir dadurch digital souveräner würden. Das Netzwerk «W» ist profitorientiert. Nur weil es in Stockholm und damit in Europa ist, ist es nicht gut und auf der richtigen Seite. Natürlich betrachten auch wir die Entwicklung von Social Media sehr kritisch. Aber letztlich entscheiden wir Konsumenten darüber, was wir nutzen. Ich weiss nicht, wer es versucht hat, von WhatsApp wegzukommen. Ich habe es bis heute nicht geschafft, weil drei Viertel meiner Kollegen auf keiner anderen Plattform sind und ich doch gern mit ihnen in Kontakt bleibe. Genau da sehen wir die Problematik, wenn man ein soziales Netzwerk fördert. Wir haben damit noch nichts gewonnen. Viel wichtiger ist, dass wir das Denken fördern und darüber aufklären, wo die Gefahren sind und wie man mit diesen Sachen umgehen kann. Da können wir finanzielle Mittel nutzbringend investieren.

Michael Schmid (AL): Die AL teilt die Sorge, die dem Vorstoss zugrunde liegt. Die Abhängigkeit von amerikanischen und chinesischen Plattformen ist real und ein Problem für die Demokratie. Ich bin aber doch schockiert, wie sich die Grünen von einem Start-up-Pitch am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, der das Blaue vom Himmel versprach, haben einlullen lassen und nicht einmal die kleinsten Anstrengungen unternahmen, um zu prüfen, ob das nachhaltig gesichert wurde. Der Vorstoss wurde im Februar 2026 eingereicht und es brauchte nicht einmal ein Jahr, um dieses Vorhaben sehr stark zu entzaubern: von der Gesichtserkennungspflicht bis zum stillschweigenden Wechsel von Open Source zu Closed Source. Auch dass die Infrastruktur auf US-Cloud-Anbietern läuft, ist nicht unbedingt im Sinn der digitalen Souveränität. Mit der Textänderung der SP können wir leben. Wichtig ist auch, dass die Stadt überdenkt, auf welchen Plattformen und Kanälen sie selber kommuniziert. Dort wäre ein Hebel, um herauszufinden, wie interessant die Plattformen für die Nutzenden sind und wofür sie auf freie Alternativen zugreifen.



4 / 4

Martina Zürcher (FDP): *Martin Busekros (Grüne) sagte, dass es auf vielen der bestehenden Plattformen einfach nur noch Schrott habe. Wenn ich am Donnerstag die Ratspost lese, habe ich manchmal auch das Gefühl, dass es dort den einen oder anderen Schrott drin hat. Aber das ist auch Ansichtssache. Auch wenn sich die FDP-Fraktion der Problematiken rund um Social-Media-Plattformen bewusst ist, lehnen wir den Vorstoss ab – egal, ob mit oder ohne Textänderung. In unseren Augen ist die finanzielle Unterstützung von Social-Media-Plattformen keine Aufgabe der Stadt Zürich.*

Martin Busekros (Grüne) *ist mit der Textänderung einverstanden: Wir merken, dass viele im Rat über die Situation besorgt sind. Ich fand den Diskurs fruchtvoll. Ich finde es auch schön, dass sich alle um die Grünen sorgen. Wir haben ein etwas agnostisches Postulat eingereicht, sind aber froh um die Textänderung der SP, die wir gern annehmen.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er ~~das sich aktuell im Aufbau befindende neue, soziale Netzwerk «W» (<https://wsocial.eu/>) oder ähnliche europäische Projekte~~ dezentrale und quelloffene Social-Media-Projekte mit einem ~~massgebenden~~ finanziellen Betrag unterstützen und so zur Etablierung ~~europäischer~~ von Alternativen zu amerikanischen oder chinesischen Social Media Giganten beitragen kann. Zudem sollen auch weitere Unterstützungsmöglichkeiten, welche nicht primär finanzieller Natur sein müssen, geprüft werden.

Das geänderte Postulat wird mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat